

„Demokratie mit Einschränkungen“

Im Gespräch: Politologe Petr Kratochvíl über den bevorstehenden EU-Russland-Gipfel in Samara



Der EU-Russland-Gipfel am 18. Mai im südrossischen Samara findet zu einer Zeit statt, da es in der Beziehung zwischen der Europäischen Union und Moskau deutlich

kriselt. Seit längerem schwelt ein Konflikt zwischen Polen und Russland wegen dem Einfuhrverbot polnischen Schweinefleisches.

Hohe Wellen schlägt nach wie vor der Denkmalstreit zwischen Estland und Russland, der dem Verhältnis zwischen beiden Ländern einen schweren Schaden zugefügt hat. Ob es unter diesen Vorzeichen in Samara zu greifbaren Ergebnissen kommt, ist deshalb fraglich. Dabei waren die Ziele hoch gesteckt: Der Gipfel sollte die Weichen für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland stellen. Angesichts der aktuellen Turbulenzen hält der Politologe und Russland-Experte Petr Kratochvíl (kleines Foto) das jedoch für unwahrscheinlich. Vielmehr rechnet er mit einem Misserfolg des Gipfels. Mit dem stellvertretenden Direktor des Prager Instituts für Internationale Beziehungen sprach Ivan Dramlitsch über das schwierige Verhältnis zwischen Europa und Russland.

Herr Kratochvíl, welchen Einfluss werden die aktuellen politischen Konflikte zwischen Moskau und einzelnen Mitgliedstaaten auf den EU-Russland-Gipfel haben?

Kratochvíl: Einen grundsätzlichen. Der Gipfel wurde bereits im Vorfeld als ein äußerst ambitioniertes Treffen konzipiert, da viele unerledigte Fragen liegen geblieben sind, die Agenda ist äußerst umfangreich. Und schon beim letzten Gipfel war die Atmosphäre wegen des polnischen Vetos angespannt – jetzt kommt aktuell der Konflikt mit Estland hinzu. Und was besonders schwer wiegt: Während Polen vor sechs Monaten innerhalb der EU eher isoliert war, hat sich die Situation jetzt

deutlich verändert: Sowohl EU-Kommission als auch der deutsche EU-Vorsitz haben es an deutlichen Worten Richtung Russland nicht fehlen lassen. Es gibt sogar Anzeichen, dass die EU ihre Unterstützung für einen russischen Beitritt zur WTO zurückziehen könnte.

Kann man also von einer Krise des Verhältnisses EU – Russland sprechen?

Kratochvíl: Zu einem gewissen Grade ja. Es ist keine Krise in dem Sinne, dass die Akteure gar nicht mehr verhandeln würden. Aber wenn wir uns die vergangenen zwei, drei Jahre anschauen, dann hat sich das Verhältnis zwischen Russland und der EU kontinuierlich verschlechtert. Das liegt unter anderem daran, dass Russland bilaterale Verhandlungen und Beziehungen mit großen Ländern und nicht mit der EU als ganzes bevorzugt. Aber auch die momentane Schwäche der EU spielt eine Rolle.

Wird in Samara der umstrittene US-Raketenschild eine Rolle spielen?

Kratochvíl: Es wird dort keine Schlüsselrolle spielen. Unter normalen Umständen wäre das ein wichtiges Thema, aber bei den ganzen anderen Problemen zwischen Russland und der EU, wird es eher am Rande präsent sein. Politisch werden die estnisch-russischen und die polnisch-russischen Beziehungen im Vordergrund stehen. Im Übrigen sieht Russland in der Raketenabwehr eher Polen und die USA als den „Feind“ an, Tschechien ist da eher so ein Anhängsel.

Kann die EU in dieser Frage überhaupt eine wichtige Rolle spielen?

Kratochvíl: Theoretisch ja, in der Praxis müsste die EU erst einmal einen einheitlichen Standpunkt einnehmen, das ist im Moment unwahrscheinlich. Außerdem reagieren Polen und Tschechien hier äußerst sensibel auf Wortmeldungen von EU-Partnern wie Deutschland oder Frankreich. Eine ak-

tive Rolle wird die EU hier vorerst nicht spielen.

Wie beurteilen sie die momentanen tschechisch-russischen Beziehungen?

Kratochvíl: Im Vergleich zum Baltikum oder Polen sind sie relativ gut. Den Tiefpunkt gab es hier Ende der 90er mit dem Nato-Beitritt und dem Kosovo-Engagement. Seitdem geht es aufwärts. Auch der letzte Besuch von Klaus bei Putin hat das gezeigt. Zwar spielte der Radar eine Rolle, aber andererseits wurden so viele Handelsverträge wie noch nie in der Geschichte unterzeichnet.

Kann es sein, dass Russland Tschechien in der Radarfrage nicht wirklich ernst nimmt?

Kratochvíl: Diesen Eindruck habe ich auch. Für Russland sind Polen und Tschechien – so wird es auch dort in den Medien reflektiert – zwei Länder, die einen Befehlsgeber durch einen anderen ausgetauscht haben.

Die Sicherheit und Zuverlässigkeit russischer Energielieferungen nach Europa hat für die EU höchste Prioritätsstufe. Wie sollte sich die Union hier positionieren?

Kratochvíl: Auch hier gilt der Grundsatz: Die EU muss vor allem einheitlich auftreten. Und gerade in der Energiepolitik gelingt das nicht so gut. Russland hat hier eben eine Menge anzubieten: entweder bestimmten Ländern oder bestimmten Staatengruppen, durch welche zum Beispiel die Pipelines führen.

Der erste Schritt muss also eine einheitliche Position sein. Das muss nicht die harte polnische Variante sein, aber gewisse Konsultationsmechanismen sollten etabliert werden, um möglichen Konflikten schon im Vorfeld die Schärfe zu nehmen. Zweitens: Druck auf Russland ausüben, dass es die Energiecharta der EU annimmt. Denn die regelt den notwendigen Zugang der Investoren zur russischen Infrastruktur. Drittens: Unterstützung der Transit-

Länder, die wurden bisher sträflich vernachlässigt.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen und der Tolerierung von Menschenrechtsverletzungen?

Kratochvíl: Eine gewisse Rolle spielt das ohne Zweifel. Das ist ein Problem aller EU-Mitgliedsländer, wobei das für die Länder, die stark von Russland abhängig sind, noch heikler ist. Die EU sollte hier natürlich entschiedener auftreten – auch in ihrem eigenen Interesse: Wenn innerhalb von Russland grundsätzliche Rechtsnormen und Menschenrechte nicht eingehalten werden, dann kann dieses Verhalten auch auf die Außenbeziehungen übergehen. Es gibt zwar gewisse Diskussionsforen, auf denen Russland und die EU diese Fragen erörtern, aber das sind wirkungslose, symbolische Veranstaltungen.

Halten Sie Russland für ein demokratisches Land?

Kratochvíl: Mit Einschränkungen. Am besten beschreibt der Begriff „managed democracy“ die Situation. Demokratie beschränkt sich in Russland auf das Element der Wahl, diese waren bisher alle formal regulär. Aber alles drumherum – die Wahlkampagnen, die Möglichkeit, in den Medien präsent zu sein oder überhaupt die Entfaltungsmöglichkeit unabhängiger Medien, das Funktionieren von Zivilgesellschaft und NGOs – hat mit Demokratie nichts zu tun. Und diese Tendenz der Zentralisierung der Macht halte ich für ein großes Problem. Vor allem, weil es von der überwiegenden Mehrheit der russischen Gesellschaft nicht als Problem wahrgenommen wird.

Wird der EU-Russland-Gipfel ein Misserfolg?

Kratochvíl: Höchstwahrscheinlich. Vor allem der Konflikt mit Estland schwelt ja weiter. In so einer belasteten Atmosphäre wird es zu keinen substantiellen Ergebnissen kommen.